

**Manfred Wilke**

## **Kyritz und die Legende von der "demokratischen Bodenreform" 1945**

### **I. Vorbemerkung**

Anlässlich des 70. Jahrestages der „demokratischen Bodenreform“ in der sowjetischen Besatzungszone hat mich Graf Schwerin gebeten, die bis heute gepflegte Legende mit den historischen Fakten über das Ereignis zu konfrontieren. Die propagandistische Sprachregelung der Kommunisten 1945 beschönigte die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer und Großbauern mit einem Landbesitz über 100 ha in der SBZ. Es war der Anfang vom Ende der freien Bauern in Mitteldeutschland. Diese Zäsur der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte verdient es, nicht vergessen zu werden, ebenso wie die Vollendung dieser „Bodenreform“ durch die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR.

Wir haben uns hier versammelt, um der Opfer der Bodenreform zu gedenken und an sie zu erinnern. Viele von Ihnen werden noch heute von Gefühlen der Trauer und vielleicht auch der Wehmut über das verlorene Land beherrscht, das in der Tradition deutscher Bauern von Generation zu Generation weitervererbt wurde. Diese Generationsfolge wurde 1945 brutal zerstört. Auf den ersten Blick mögen Anlass, Ort und Zeitpunkt eines historischen Referats, das sich mit den Motivationen und der politischen Strategie der sowjetischen und deutschen Kommunisten befasst, vielleicht eine zusätzliche Belastung sein.

Lassen Sie uns noch einmal am 70. Jahrestag der Enteignungskampagne die die Hintergründe des Ereignisses vor Augen führen. Es ist auch ein erinnerungspolitisches Signal, wird doch zeitgleich in Kyritz auf einer anderen Veranstaltung immer noch die Legende von der Notwendigkeit und Richtigkeit dieser „demokratischen Bodenreform“ gerechtfertigt.

### **II. Die Kyritz-Legende**

Der Auftritt des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck am 2. September in Kyritz eröffnete die Propagandakampagne, mit der die Bodenreform in der SBZ durchgesetzt wurde. Diese Rede war die Sprachregelung für die Propaganda, beglaubigt vordergründig die Legende über diese Bodenreform und brachte Kyritz in die Geschichtsbücher. Die SED-Geschichtsschreibung hat diese Legende jahrzehntelang propagiert: „Die KPD trug den Gedanken einer

demokratischen Bodenreform aufs Land und gewann die Massen der Bauern und Landarbeiter für diese Forderung.“<sup>1</sup>. Die historische Wahrheit ist eine andere, Pieck erfüllte einen Auftrag der obersten Instanz der damaligen Sowjetunion, wie Stalin im internen Schriftverkehr der sowjetischen Bürokratie damals oft bezeichnet wurde.

Einen Tag nach Piecks Rede erließ am 3. September die Provinzialverwaltung Sachsen die erste gesetzliche Verordnung zur Bodenreform. Über den Anstoß zu dieser Maßnahme, hieß es, Ursache für die Reform wären die „Forderungen werktätiger Bauern nach einer gerechteren Verteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern, darunter auch an die diejenigen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten.“<sup>2</sup>. In späteren Jahrzehnten wurde das Motto vom „Junkerland in Bauernhand!“ in der DDR nicht mehr so oft zitiert, da das Bauernland durch die Kollektivierung der Landwirtschaft längst wieder Eigentum von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften war. Eine organisatorische Voraussetzung für die spätere Kollektivierung stand bereits in dieser Verordnung: „Die Traktoren, Dreschmaschinen, Mähdrescher und andere wirtschaftliche Maschinen [...] werden an die >>Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe <<“ übergeben.<sup>3</sup>

1945 war der Kern der Bodenreform die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer und Großbauern mit einem Landbesitz von über 100 ha. Das beschlagnahmte Land wurde über einen Bodenfond Staatsbesitz und der größte Teil des Ackerlandes wurde in Parzellen zu 5 ha aufgeteilt und an landarme oder landlose Bauern übergeben. Diese Verordnung zur Bodenreform war die konzeptionelle Vorlage für die Verordnungen in allen Provinzen und Ländern der SBZ.

Dies war von der Besatzungsmacht auch so gewollt, hatte doch Moskau den Entwurf für die Verordnung geliefert. Mit der Formulierung, das Land auch an Bauern zu geben, die aus anderen Ländern „umsiedelten“, ist bereits eine von

---

1

<sup>1</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 6, vom Mai 1945 bis 1949 Berlin (Ost) 1966, S. 82

2

<sup>2</sup> Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen vom 3. September 1945, in Walter Ulbricht: Zur Geschichte der Neuesten Zeit, Berlin(Ost) 1955, S 406

3

<sup>3</sup> ebenda, S. 411

der Besatzungsmacht vorgegebene Sprachregelung umgesetzt worden über die aus Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien vertriebene Landbevölkerung, gleichgültig ob sie aristokratische Gutsbesitzer oder Nebenlandwirte waren.

Pieck sprach im Gegensatz zu der Verordnung noch relativ offen über diese aktuelle, politische Aufgabe der Bodenreform: „Es soll auch der aus den Ostgebieten ausgewiesenen und durch den Hitler Krieg ihres Besitzes beraubten bäuerlichen Bevölkerung Boden zugeteilt werden, um einem bedeutenden Teil von ihnen wieder eine Existenzbasis zu verschaffen.“<sup>4</sup> Es war eine unmittelbare Kriegsfolge, mit der die Verwaltungen in allen vier Besatzungszonen Deutschlands umgehen mussten. In der SBZ betraf es ca. 3,5 Millionen „Umsiedler“, wie sie nun offiziell in der SBZ und der späteren DDR bezeichnet wurden. Leid und Elend dieser Bevölkerungsgruppe, die erbarmungslos aus ihrer Heimat vertrieben worden war, blieb in der DDR öffentlich ein Tabu.

Die Bodenreform aber nur als situationsbedingte Notwendigkeit zu sehen, greift als Erklärungsansatz zu kurz und blendet vor allem die sowjetische Deutschlandpolitik vollständig aus. In Art. 1 der Verordnung wurde deren Intention unmissverständlich zum Ausdruck gebracht: „Die Bodenreform muss die Liquidierung des feudal-junkerlichen Grundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorf ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Land darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war.“<sup>5</sup> Ein gemeinsames Hauptmotiv der Deutschlandpolitik der Siegermächte war es zu verhindern, dass Deutschland jemals wieder den Frieden Europas bedroht. Die Sowjetunion interpretierte dieses Ziel auf ihre Weise. Die Bodenreform sollte auch dem Frieden dienen: Aus heutiger Sicht klingt das paradox, aber 1945 wollte die Sowjetunion am Ende eines mörderischen Krieges Sicherheit vor einem erneuten Angriff Deutschlands. Die Enteignung des adligen Grundbesitzes war aus sowjetischer Sicht ein Beitrag zur strukturellen Entmilitarisierung und Entnazifizierung

---

4

<sup>1</sup> Wilhelm Pieck: die demokratische Bodenreform Deutschlands Aufbauproblem Die Kraft der demokratischen Einheit, Berlin 19. September 1945, in: derselbe: Reden und Aufsätze in drei Bänden, Bd. II, Berlin (Ost) 1950, S. 13

5

<sup>1</sup> Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, ebenda, S. 406

Deutschlands, kam doch aus dieser Schicht in der Vergangenheit ein großer Teil des Offizierskorps der preußischen und später der deutschen Armee.

### III. Die sowjetische Entscheidung über die Bodenreform

Die Vorlage für die Verordnung über die Bodenreform war sowjetischen Ursprungs, das war in der Bundesrepublik spätestens mit dem Buch von Wolfgang Leonhard bekannt. Er war es, der als Mitarbeiter im Sekretariat des ZK der KPD 1945 den russischen „Gesetzentwurf für die Bodenreform!“<sup>6</sup> übersetzte. Am 4. September entdeckte er seine Übersetzung wieder, sie war als „Verordnung über die Bodenreform der Provinz Sachsen veröffentlicht worden.“<sup>7</sup> Heute zugängliche sowjetische Dokumente bestätigen den Bericht des Zeitzeugen.

Am 20. August unterrichteten der sowjetische Regierungschef Molotow und Außenminister Wyschinskij Stalin über den Stand der Vorbereitung der Bodenreform in der SBZ. Der Entwurf der Bodenreformverordnung war an Pieck oder Ulbricht bereits übergeben. Ihr Text war „in Anlehnung an die entsprechenden Reformen in Polen, Ungarn und Rumänien,“ formuliert worden.“<sup>8</sup>

Die Besonderheit des Entwurfs für die SBZ war, dass die Obergrenze des bäuerlichen Besitzes 100 ha und nicht wie in den anderen Ländern 50 ha betrug. Diese Abweichung wurde begründet: „Diese Reform richtet sich „ausschließlich gegen die großen, in gutsherrlichen Erbesitz stehenden Junkerwirtschaften und Rittergütern mit Grundbesitz über 100ha[...], die mit ihrem gesamten landwirtschaftlichen Vermögenswerten umfassend enteignet werden.“<sup>9</sup>

Aus sowjetischer Perspektive sollte durch diese Maßnahme vollendet werden, was jenseits der Oder 1944/45 schon die Rote Armee erledigt hatte, die Vernichtung der Güter des preußischen Adels. Ausgenommen wurde von der Enteignung der Grundbesitz von Kirchen, der nicht „angetastet“ werden sollte.

---

6

↑ Wolfgang Leonhard: die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955, zitiert nach der Ausgabe 1990, S. 506

7

↑ die Revolution entlässt ihre Kinder, ebenda, S. 507

8

↑ Molotow und „Wyschinskij. An Stalin, 20. August 1945, in: die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948, 3 Bände, Bd. 2, herausgegeben von: Jochen P. Laufer/Georgij P. Kynin, Berlin 2004, S. 96

9

↑ Molotow und Wyschinskij, ebenda, S. 96

Aus dem enteigneten Land sollte „ ein Bodenfond gebildet werden, um daraus landlose und landarme Bauern sowie teilweise auch den aus anderen Staaten umgesiedelten deutschen Bauern Grund und Boden zur Verfügung zu stellen.

Zur Umsetzung der Bodenreform gab es genaue Anweisungen über die politischen Aufgaben der Deutschen.

"Die organisatorische Durchführung der Reform ist wie folgt vorgesehen:

1. Die Beschlüsse über die Durchführung der Reform sind auf Provinzebene durch die deutschen Provinzialverwaltungen auf Vorschlag des Blocks der antifaschistischen Parteien unter Führung der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei zu fassen.
2. Bis zum 15. September sind in den Dörfern Zusammenkünfte der landlosen bzw. landarmen Bauern durchzuführen sowie Bodenreformkommissionen auf der Gemeinde- und Landkreisebene zu bilden, an der Spitze die Träger der lokalen Macht (Landräte) oder deren erster Stellvertreter stehen.
3. Die Organe der SMAD müssen die Reform inoffiziell unterstützen.

Diese Vorschläge wie auch der Entwurf der Bodenreform wurden durch das ZK der deutschen kommunistischen Partei unter Beteiligung unserer Vertreter erarbeitet."<sup>10</sup>

Dieser Bericht zeigt deutlich, wie die informelle Kommunikation zwischen der sowjetischen Führung, der SMAD und der Spitze der KPD damals funktionierte. Zugespitzt formuliert: die sowjetische Politik und ihre Anweisungen wurden in Deutschland nicht offen als solche vorgetragen. Sie mussten und sollten in deutsche Politik übersetzt und umgesetzt werden. Diesen Part der Arbeitsteilung übernahm in der SBZ - aber auch in den westlichen Besatzungszonen- die KPD.

#### **IV. Die KPD als „staataufbauende Partei“ in der SBZ**

1932 warnte die KPD bei den Reichstagswahlen: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“ Die Warnung sollte sich als richtig erweisen. Funktionäre und Anhänger wurden von den Nationalsozialisten gnadenlos verfolgt. Spitzenfunktionäre wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht fanden in Moskau Asyl. 1944 wurde in Moskau die Nachkriegsordnung in Europa und in Deutschland vorbereitet. Im Zusammenhang mit diesen sowjetischen Planungen beauftragte Stalin 1944

---

10

Pieck und Ulbricht, ein Programm der KPD zu entwickeln und zwar unter den Bedingungen alliierter Besetzung Deutschlands.

Noch vor Kriegsende entschied Moskau, den Aufbau einer deutschen Demokratie in der sowjetischen Besatzungszone der KPD als „staatsaufbauende Partei“ zu übertragen. Die KPD bestand im Kern für die sowjetische Führung aus kommunistischen Funktionären im sowjetischen Exil. Pieck firmierte immer noch als Vorsitzender der KPD.

Bevor diese „Moskauer Kader“ im besetzten Deutschland ihre Aufbauarbeit begannen, bereitete sie Pieck auf die Unterschiede in der Besatzungspolitik der einzelnen Mächte vor. „Die Arbeit der KPD wird am einfachsten sein in der Besatzungszone der Roten Armee, sowohl was den Einsatz unserer Kader angeht, als auch die Zusammenarbeit und die Übereinstimmung in Ziel und Durchführung unserer Aufgaben.“<sup>11</sup>

Die erste Bewährungsprobe dieser Kader war die Organisation von Stadtverwaltungen in Dresden oder in Berlin. Hier organisierte die Gruppe Ulbricht im Mai eine neue demokratische Stadtverwaltung.

Die Zäsur für den Wiederaufbau im Vier-Zonen-Deutschland war der 5. Juni 1945. An diesem Tag übernahmen in Berlin die vier Siegermächte offiziell die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, jede Besatzungsmacht übte sie jeweils in der eigenen Zone aus.

Parallel dazu wurde Ulbricht aus Berlin zurückgerufen, um in Moskau Stalin und Regierungschef Molotow Bericht zu erstatten und an dem programmatischen Aufruf der KPD mitzuarbeiten. „Stalin besprach mit den KPD-Funktionären die Frage der Bodenreform. Stalin drängte auf die sofortige Durchführung der Bodenreform. Erst nach dieser Intervention wurde die Forderung nach grundlegender Veränderung auf dem Lande in den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 aufgenommen.“<sup>12</sup>

---

11

<sup>1</sup> Wilhelm Pieck: Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland-handschriftliche Disposition für eine Lektion auf dem zweiten Lehrgang der Parteischule der KPD am 1. März 1945, in: Peter Erna, Horst Laude, Manfred Wilke (Herausgeber):: Nach Hitler kommen wir Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994,; S. 371

12

<sup>1</sup> Jochen Laufer/Georgij P. Kynin: die Politik der UdSSR in der deutschen Frage Einführung zu den Dokumenten (9. Mai 1945 bis 3. Oktober

Der Text im Aufruf der KPD vom 11. Juni lautet: „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, der Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens, sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zu Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, dass diese Maßnahme in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Bauern berühren werden.“<sup>13</sup>

Der Aufruf der KPD war die offene Manifestation des Führungsanspruchs der KPD in dem neuen Parteiensystem, das in der SBZ entstand. Der Aufruf legte zugleich die Grundsätze für den Neuanfang deutscher Politik in der SBZ fest. Die Programmatik stimmte mit den Intentionen der Besatzungsmacht überein, die Moskauer Zentrale hatte ja auch mit formuliert und Stalin hatte den Text und die Zusammensetzung der KPD-Führung bestätigt.

#### **V. „Die Zuspitzung des Klassenkampfes im Zusammenhang mit der Aufteilung des Bodens“<sup>14</sup>**

Der verbale Konsens der Potsdamer Konferenz über die Demokratisierung Deutschlands erwies sich recht schnell als brüchig. Den Deutschen und den Westmächten wurden durch die politische Praxis in der SBZ vor Augen geführt: Demokratie war eben nicht gleich Demokratie! Demokratie hatte in West und Ost gegensätzliche Bedeutung, was im gemeinsamen Krieg gegen Hitler-Deutschland sekundär war. Die Sowjetunion verstand unter dem Begriff die Herrschaft der Arbeiter und Bauern unter Führung ihrer Avantgarde der kommunistischen Partei. Demokratie war ein Synonym für die Diktatur des Proletariats. Da Deutschland demokratisiert werden sollte, musste der Neuaufbau deutscher Staatlichkeit in allen vier Besatzungszonen ein demokratischer sein. Die Redewendung von „der demokratischen Bodenreform“ hielt sich einerseits an die alliierte Sprachregelung über das Ziel, Deutschland zu demokratisieren, die Praxis aber entsprach dem sowjetischen Verständnis von Demokratie.

---

1946), in: dieselben: die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948, 3 Bände, Bd. 2, Berlin 2004, S. XLVI

13

<sup>1</sup> Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: nach Hitler kommen wir, ebenda, S. 396

14

<sup>1</sup> Bericht von Semjonow an Marschall Schukow und Außenminister Wyschinskij über den Verlauf der Bodenreform in der SBZ, Stand 26. September 1945, in: die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948, ebenda, S. 121

Semjonow war der politische Berater von Marschall Schukow und in seinem Bericht über die Durchführung der Bodenreform ist plötzlich von „Klassenkampf“ die Rede, als er über die politischen Differenzen im „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ berichtet.

Als die sowjetische Besatzungsmacht neben der KPD auch die SPD, eine liberale und eine christliche Partei in ihrer Besatzungszone zuließ, verlangte die KPD die Bildung eines Blocks der antifaschistischen Parteien, der am 14. Juli 1945 gegründet wurde. In der Trümmerlandschaft von Berlin konnten die nichtkommunistischen Parteien den Block als Übergangslösung und Wiederaufbaukoalition verstehen. Die Besatzungsmacht bestand darauf, dass die Durchführung der Bodenreform von einem Beschluss des Blocks der vier Parteien legitimiert wurde. Semjonow berichtet nun in diesem internen Dokument über die Konflikte unter den Parteien in der Parteisprache. „Der Beginn der Aufteilung der Ländereien der Großgrundbesitzer war von einer Zuspitzung des Klassenkampfes und des Parteienstreits um die Reform begleitet.“ Während die Reformkräfte die Aufteilung forcieren wollten, „bemühten sich die Großgrundbesitzer und die ihnen nahestehenden bürgerlichen Parteien verzweifelt darum, die Reform mit allen Mitteln zu torpedieren und zu verzögern. Dazu setzten sie vor allem ihre Leute in den Landratsämtern und Provinzialverwaltungen ein, die der Reform alle nur erdenklichen Hindernisse in den Weg legen und sie sabotieren.“<sup>15</sup> Ausführlich beschreibt Semjonow seine kritische Auseinandersetzungen mit der Praxis der Bodenreform von Walter Schreiber, zweiter Vorsitzender der CDU der SBZ. Die SMAD verbot Schreiber die öffentliche Kritik an der Bodenreform und setzte ihn schließlich zusammen mit dem ersten Vorsitzenden, Andreas Hermes, im Dezember 1945 ab. Andreas Hermes war nach dem 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden. Der Antifaschismus der Besatzungsmacht hatte dort seine Grenzen, wo sich deutsche Widerstandskämpfer gegen Hitler der neuen Diktatur widersetzen.

Mit der Absetzung der Führung der CDU und dem Vorsitzenden Koch der liberaldemokratischen Partei im Dezember 1945 begann die Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien im „Block der antifaschistischen Parteien“. Zeitgleich wurde die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED vorbereitet. Die kommunistische Parteidiktatur nahm Gestalt an.

## **VI. Die „demokratische Bodenreform“ eine der Gründungslegenden des SED-Staates**

---

15

Die SED bemühte drei zentrale Gründungslegenden für ihren Staat DDR, in dem es für seine Staatsbürger keine freien Wahlen gab im Gegensatz zur Bundesrepublik. Die Gründungslegenden dienten als Ersatz für die fehlende Legitimation durch freie Wahlen und verdeckten zugleich den Ursprung der SED-Diktatur.

1. Die Legende von der Einheit der Arbeiterklasse durch den erzwungenen Zusammenschluss der SPD mit der KPD 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

2. Die Legende vom Antifaschismus: Sozialdemokraten und Kommunisten wurden von den Nationalsozialisten verfolgt und ihre Parteien zerschlagen. 1945 schlug nach dem Sieg der alliierten Truppen die Stunde der deutschen Antifaschisten. Die sowjetische Besatzungsmacht übertrug in ihrer Zone der KPD die Rolle der staatsaufbauenden Partei.

3. Die Legende von der Bodenreform: 1945 sollte eine Umwälzung der überkommenen Eigentumsverhältnisse auf dem Land durchgesetzt und zugleich der Bruch mit der Vergangenheit demonstriert werden. Es ging um die Zerschlagung der über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen bäuerlichen Eigentums.

„Junkerland in Bauernhand“ rief am 2. September 1945 in Kyritz der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck einer Bauernversammlung zu und prägte damit das Motto dieser Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone. Kyritz und die Bodenreform gehörten fortan ebenso zu den Gründungslegenden der DDR, wie die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED.

Diese drei Gründungslegenden Gründung der SED, die antifaschistischen Legitimation und die Bodenreform haben einen gemeinsamen Nenner, sie sollten den Makel dieser Staatsgründung verschleiern, die von der Bevölkerung nicht demokratisch legitimiert war. Die Rolle der KPD als Staatspartei in der sowjetischen Besatzungszone wurde ihr von der sowjetischen Besatzungsmacht übertragen, aus der dann der Teilstaat DDR wurde als Ergebnis sowjetischer Deutschlandpolitik. Pieck und Walter Ulbricht und später Erich Honecker kannten diese historische Realität, die zugleich die Voraussetzung ihrer Macht bildete.

Noch im Frühjahr 1986 versicherte Michail S. Gorbatschow dem SED-Generalsekretär Honecker, die Führung der KPdSU sei sehr an aktiven und vertrauensvollen Beziehungen zur SED interessiert, denn die DDR sei doch „ein

Kind der SED und der KPdSU“<sup>16</sup>. Auf diesem Weg war die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer und der Großbauern einer der ersten Schritte, um in der Sprache der Kommunisten zu bleiben, es war die Entscheidung der Machfrage auf dem Land zu Gunsten der Partei.